Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

22.5.1931 (No. 118)

Visual Library

Nr. 118 — Freitag, den 22. Mai 1931 — 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 958 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr; — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen

Die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen, die bis zum Jahre 1928 aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erfolgt ist, ist für das Jahr 1931 wieder aufgenommen worden, und zwar aus Mitteln der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge und aus allgemeinen Baudarlehensmitteln. Außer Landarbeitern können auch Forstarbeiter und solche ländliche Arbeiter, die neben der Tätigkeit in ihrer eigenen Landwirtschaft mindestens zehn Wochen im Jahr während der Hauptarbeitszeiten Lohnarbeit in landwirtschaftlichen Betrieben verrichten, aus diesen Mitteln Darlehen erhalten. Die Verbescheidung der Gesuche solcher Art erfolgt künftighin nicht mehr durch das Ministerium des Innern, sondern durch die Wohnungsverbände. Die Gesuche sind unter Verwendung von bestimmten Vordrucken durch Vermittlung der Bürgermeisterämter einzureichen.

Vor der Abrüstungsdebatte

Voraussichtlich Annahme des englischen Antrags

In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrats am heutigen Freitag werden die bekannten **Vorschläge zur Offenlegung der Rüstungen**, deren endgültige Verabschiedung am Mittwoch vertagt worden ist, erledigt werden.

Es ist anzunehmen, daß der **englische Antrag** unter Stimmenthaltung des deutschen Ratsmitgliedes **angenommen** wird, und zwar in der Form, daß die an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden Staaten ersucht werden, Mitteilungen über den Stand ihrer Rüstungen der Abrüstungskonferenz vorzulegen. Um einen gewissen Druck auszuüben, wird bestimmt werden, daß die eingehenden Mitteilungen nur denjenigen Staaten übermittelt werden, die selbst die erbetenen Aufschlüsse über ihre Rüstungen geben. Der **deutsche Außenminister** dürfte bei dieser Gelegenheit nochmals den Standpunkt der deutschen Regierung über die **unzulänglichen Methoden** zur Offenlegung der Rüstungen darlegen. Die Haltung des deutschen Vertreters entspricht in konsequenter Folgerichtigkeit der bisherigen Haltung der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage.

Ferner steht noch auf der Tagesordnung der **deutsche Antrag über die Herausnahme der Zivilluftfahrt aus der Abrüstungskonvention.** Der Antrag wird wahrscheinlich entsprechend dem deutschen Vorschlage der Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes zur weiteren Prüfung überwiesen werden.

Abschluß der Beratungen des Europa-Ausschusses

Allgemeine Enttäuschung

Der Eindruck der nun in **Genf** abgeschlossenen Beratungen des Europa-Ausschusses über die Lösung der europäischen Wirtschaftsschwierigkeiten ist der einer **allgemeinen Enttäuschung.** Die großen, von gewisser Seite auf den französischen „Konstruktivplan" gesetzten Hoffnungen verflüchtigten sich schon im Anfang. Es wird offen erklärt, daß von dieser Seite eine wirksame Hilfe für die europäischen Wirtschaftsnöte bestimmt nicht zu erwarten sei. Der Gedanke, den **Donaustaaten** auf dem Wege von Zollpräferenzen für Getreide zu helfen, ist durch die Behandlung im Europa-Ausschuß aufs schwerste diskreditiert worden.

Die **Opposition** gegen den **Präferenzplan der französischen Regierung** war im Europa-Ausschuß außerordentlich stark und es haben ihm nur wenige Regierungsvertreter zugestimmt. Am lautesten hat **England** widersprochen. Auf deutscher Seite beurteilt man die hierdurch namentlich für die Südoststaaten geschaffene Lage als sehr ernst. Der Gedanke **internationaler Kartelle** wurde ebenfalls stark zurückgedrängt. Auch hier hat England die französischen Pläne bekämpft und eine allgemeine Isolierung Frankreichs in diesem Punkte herbeigeführt. Ein Erfolg **Österreichs** ist es, daß es ihm gelungen ist, den gefährlichen Plan eines besonderen „Comité d'Autriche", den das französische Memorandum gleichfalls enthielt, abzuwehren. Hier hatte Frankreich offensichtlich eine Art **überwachungskomitee** im Auge, das später evtl. dem deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt sehr gefährlich hätte werden können.

Der Europa-Ausschuß vertagte sich am Donnerstagabend auf den **3. September**; er wird also gleichzeitig mit dem Völkerbundsrat wieder zusammentreten.

Der Hessische Landtag fordert Revision des Youngplans. Der Hessische Landtag verabschiedete am Mittwoch in erster und zweiter Lesung den Etat und faßte dann einmütig eine **Entschließung**, die die Regierung ersucht, mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die dem Zusammenbruch entgegengehende Wirtschaft sowie die durch übersetzte Steuern hervorgerufene, unter dem Existenzminimum liegende Lebenshaltung der breiten Masse des deutschen Volkes, dahin zu wirken, daß Verhandlungen zur Revision des Youngplanes eingeleitet werden.

Die Nachverhandlungen für die Rheinschiffahrt. Die Nachverhandlungen über den von dem Arbeitgeberverband abgelehnten Schiedsspruch in der Rheinschiffahrt finden am 22. Mai in **Berlin** im Reichsarbeitsministerium statt.

Letzte Nachrichten

Die kommende Notverordnung

Veröffentlichung kaum vor dem 10. Juni

M. Berlin, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Die Kabinettssitzung, in der über die kommende neue Notverordnung entschieden werden soll, ist, wie schon angekündigt wurde, nach Pfingsten vertagt worden. Man rechnet in politischen Kreisen damit, daß die Verordnung kaum vor dem 10. Juni veröffentlicht wird. Es scheint auch, als ob nun wieder mancherlei Veränderungen an den Plänen, wie sie sich bis jetzt gestaltet haben, vorgenommen worden sind. Eine Nachricht, daß die Brauns-Kommission ihre Arbeit fertiggestellt habe, trifft nicht zu. Die Kommission wird vielmehr nach Pfingsten ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Wie die „B. Z." meldet, sind die Angriffe, welche die „Deutsche Allgemeine Zeitung" gegen Dr. Curtius unternommen hat, ohne jede Folgen geblieben; sie haben als abgeschlagen zu gelten. Auch nach unseren Informationen wird der Reichskanzler unter allen Umständen den Außenminister decken, um sich mit ihm solidarisch zu erklären.

*

CNB. Berlin, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, werden die bisher zwischen den beteiligten Ressorts geführten Vorbesprechungen über die Maßnahmen, die auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet getroffen werden sollen, heute in einem erweiterten Gremium fortgesetzt werden. Der Reichskanzler wird heute mit dem Reichsfinanz-, dem Reichsarbeits- und dem Reichswirtschaftsminister unter Hinzuziehung auch der beteiligten Ministerialdirektoren eine Aussprache haben, die im besonderen dem Problem der Arbeitslosigkeit und den Fragen der Ausbalancierung des Etats gewidmet sein wird. Die Konferenz, die bereits begonnen hat, wird auch den größten Teil des Nachmittags ausfüllen.

Einzelbesprechungen in Genf

Die deutsch-polnischen Fragen

WTB. Genf, 22. Mai. (Tel.) Der heutige sitzungsfreie Vormittag wurde von den Delegationsführern zu einer regen persönlichen Fühlungnahme benutzt. Reichsminister Dr. Curtius hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Berichterstatter für die oberschlesischen Fragen, Yoshisawa, und mit Minister Grandi.

Der Besuch galt den noch vor dem Völkerbundsrat schwebenden **deutsch-polnischen Fragen.** Bei seiner Rückkehr wurde Dr. Curtius von dem polnischen Außenminister **Zaleski** erwartet. Die Regelung der zur Erörterung stehenden Fragen ist gegenwärtig noch ganz in der Schwebe, da Polen dem Vernehmen nach in allen Nebenfragen sich unnachgiebig zeigt, wenn Deutschland nicht den inzwischen mit großer Verspätung eingegangenen und vom Standpunkt sowohl der oberschlesischen Bevölkerung als auch vom Standpunkt der Januarentschließung des Völkerbundsrates durchaus **ungenügenden Bericht** der **polnischen Regierung** wenigstens grundsätzlich annimmt. Polen möchte, solange diese grundsätzliche Annahme nicht erfolgt ist, selbst einer Vertagung der Angelegenheit zur weiteren Ergänzung des Materials widersprechen.

Silberne Kugeln und goldene Brücken?

Gerüchte über eine langfristige Anleihe für Deutschland

CNB. London, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald" nennt die Ernennung eines Ausschusses zur Erleichterung internationaler Anleihen unter den Auspizien des Völkerbunds hochwichtig; denn es werde davon gesprochen, daß die Folge eine große, langfristige Anleihe für Deutschland sein werde, die die Gefahr seines völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs abwenden und hundert andere Probleme erleichtern würde.

Wie der Pariser „Times"-Korrespondent schreibt, gehe aus allen französischen Pressekommentaren über Genf hervor, da die gesamte französische öffentliche Meinung einen weiteren Schritt zur **Annäherung an Deutschland für notwendig** halte.

Außerordentliche Tagung des deutschen Beamtenbundes

CNB. **Berlin**, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Die Bundesleitung des **Deutschen Beamtenbundes** nahm in ihrer gestrigen außerordentlichen Sitzung zu den in der Presse angekündigten **Maßnahmen der Reichsregierung** auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiete Stellung. Sie sprach sich erneut mit aller Entschiedenheit **gegen jede Gehaltskürzung oder Sonderbelastung der Beamtenschaft** aus und gab zugleich ihrem Bedauern Ausdruck, daß der **Reichskanzler** bis jetzt noch keine Gelegenheit zu der **Aussprache** gegeben hat, um die der Deutsche Beamtenbund bereits am 23. April nachgesucht habe. Die Bundesleitung hat eine **außerordentliche Tagung** der Führer des Deutschen Beamtenbundes aus dem ganzen Reiche für Mittwoch, den 27. Mai, nach Berlin einberufen; für den gleichen Abend ist eine große Kundgebung vorgesehen.

Das belgische Kabinett Jaspar, das am 19. Mai umgebildet worden war, hat seinen Rücktritt erklärt.

Wirtschaftliche Umschau

Die Preise der Edelmetalle — Goldkaufkraft und Weltwirtschaftskrise — Die internationale Zuckerplanwirtschaft

In Amerika ist man bemüht eine internationale Konferenz zustande zubringen, welche sich mit dem Problem der **Stabilisierung der Silberpreise** beschäftigen soll. Der Grund ist der, daß China, ein wichtiger Käufer auf dem Weltmarkt, nicht zuletzt ein wichtiger Abnehmer Amerikas, infolge des Sturzes der Silberpreise, immer mehr verarmt und im Innern aus den krisenhaften Zuständen nicht herauskommen kann. Ob man freilich Mittel finden wird, den Preis des Silbers zu stabilisieren, steht sehr dahin. Dies könnte nur von der Produktionsseite her geschehen, Vorbedingung wäre Zusammenarbeit aller silberproduzierenden Länder. Der Preissturz des Silbers ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Zunächst sind eine Reihe von Ländern, u. a. Indien, Persien, Indochina und Mexiko dazu übergegangen, ihre Währungen auf den Goldstandard umzubauen, und dadurch kamen gewaltige Hartgeldmengen an Silber auf den Markt, wie ja auch China einen solchen Beschluß gefaßt hat, der bei den dortigen Verhältnissen natürlich nicht so schnell in die Tat umzusetzen sein wird. Außerdem aber wird Silber fast überall, auch in Deutschland, beim Kupfer-, Blei- und Zinnerzbau als Nebenprodukt gewonnen, und da der Bedarf und die Verhüttung dieser Metalle unaufhörlich stiegen, wuchs auch die Silbergewinnung. Dazu hat die Verwendung von Silber in der Industrie mit verschiedenen Einbußen zu rechnen, die u. a. in steigendem Maß sicher die rostfreien Stahle und die verchromten Metalle bringen werden.

Ähnlich wie dem Silber geht es dem **Platin**, nur daß es nirgends Währungsmetall ist, wenn auch Rußland einmal Platinmünzen geprägt hat. Durch Krieg und Revolution fiel Rußland als wichtigster Platinlieferant aus, und als es die Gewinnung dieses mehr für chemische Zwecke als in der Schmuckwarenindustrie verwendeten Metalls wieder aufgebaut hatte, waren bereits in Nord- und Südamerika, in Südafrika und Ostindien neue Gewinnungsstätten erschlossen, so daß das Gesetz Angebot und Nachfrage in Erscheinung trat und der Platinpreis immer weiter sank. Platin, das einst viel wertvoller war als Gold, kostet nach den letzten Pforzheimer Notierungen 3350 *RM* das Kilogramm, Silber 40 *RM* (der stabile Goldpreis beträgt für das Kilogramm 2814 *RM*).

*

Ungleich bedeutsamer ist das Problem der **Stabilisierung des Goldwertes.** In Gold herrscht gegenwärtig Mangel, da die Notenbanken der Welt immer größere Mengen Gold thesauriert haben und auch für industrielle Zwecke, nicht nur für Schmucksachen — man denke an die Zahnindustrie — sehr erhebliche Goldmengen — jährlich etwa für ¾ Milliarden Reichsmark — in der Welt benötigt werden. Mit dem „Goldpreis" allerdings hat es seine besondere Bewandtnis. Es handelt sich nicht um ihn, sondern um den **Goldwert**, die **Kaufkraft des Goldes.** Der Goldpreis bleibt, in den Landesmünzen ausgedrückt, immer derselbe, da eben das Gold zur Grundlage für die Stabilität der Währungen genommen wurde. Etwas anderes aber ist seine **Kaufkraft** und damit die Kaufkraft der Goldwährungen, die infolge der Veränderungen der Preisniveaus dauernd schwankt. Nach dem Krieg gerieten wir in eine Periode des Sinkens des Kaufwerts des Goldes, die uns Deutschen erst Ende 1923, als wir wieder eine stabilisierte Währung erhielten, und die Vorkriegsverhältnisse in Vergleich ziehen konnten, bewußt wurde. Nun hat aber infolge der Überproduktion auf dem Weltmarkt eine gegenteilige Bewegung eingesetzt, und das Sinken der Preise für viele Rohstoffe bedingt eine Steigerung des Goldwertes. Bemühungen, ihn zu stabilisieren, müßten von drei Seiten her unternommen werden. Einmal durch Anpassung der Produktion von Rohstoffen und Waren an die Nachfrage, die Schwierigkeiten dieses Vorgangs drücken sich in der jetzigen **Weltwirtschaftskrise** aus und werden nur durch internationale Zusammenarbeit überwunden werden können. Zum zweiten durch eine Regelung der Goldproduktion, zu der Amerika und das britische Reich die Schlüssel in den Händen haben, und schließlich durch wirkliche Zusammenarbeit der Notenbanken, die dann imstande wären, auf Produktion und Verbrauch einzuwirken und auch auf die Golderzeugung Einfluß gewinnen müßten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Durch die kürzlich in Brüssel unterzeichnete „Weltzuckervereinbarung" ist man zunächst bis 1. September 1935 zu einer **Planwirtschaft der internationalen Zuckerproduktion** gelangt, die 80 Proz. des Welterexports und 50 Proz. der gesamten Zuckerproduktion der Welt umfaßt. Nicht angeschlossen sind Rußland, von dem man glaubt, daß es nur zu einem geringen Export in der Lage sein wird, sowie die dominikanische Republik und Peru, mit welchen beiden Staaten man noch über den Anschluß in Verhandlungen steht. Es wurde ein **internationales Zuckerkomitee** im Haag errichtet, in dem die Länder entsprechend ihren Exportmengen vertreten sind. Seine Zusammensetzung zeigt, welche ungeheuere Fortschritte die Produktion aus tropischem Zuckerrohr für den Export gemacht hat, da von den 90 Stimmen Kuba 35, Java 30, die Rübenzuckerländer Tschechoslowakei 8, (mit ihrer weit übersteigerten und künstlich hochgetriebenen Produktion), Deutschland 6, Polen 6, Ungarn 3, und Belgien 2 Stimmen besitzen. Der Zweck der Abmachungen ist der, das **Gleichgewicht** zwischen der außerordentlich **übersteigerten Produktion** und dem **Verbrauch** allmählich wiederherzustellen, dadurch wieder bessere internationale Zuckerpreise herzustellen (der wesentlich höhere deutsche Inlandpreis wird bekanntlich durch Zölle gehalten) und durch diese Zusammenarbeit für die Weltindustrie wieder gesündere Verhältnisse zu schaffen. Zunächst sollen die überzähligen Vorräte (etwa 2,5 Mill. Tonnen) im Lauf von 5 Jahren liquidiert werden. Es sind bestimmte Exportquoten für die einzelnen Länder festgesetzt, die vom Haager Komitee bei einem Ansteigen der Preise erhöht werden können.

*

Für Deutschland wurde eine Dachorganisation der Zuckerindustrie, die **„Wirtschaftliche Vereinigung"** geschaffen. In Zusammenarbeit mit dem Reichslandwirtschaftsministerium sind **für alle Fabriken Grundkontingente** der Erzeugung festgelegt worden. Die deutsche Erzeugung ist zugunsten der **süddeutschen** und schlesischen Fabrikation etwas erhöht worden und beträgt im ganzen 41,15 Mill. Zentner (1929/30 betrug der innerdeutsche Verbrauch 34 Mill. Zentner). Im ganzen handelt es sich für **Baden** aber nur um eine Mehrzuteilung von 40 000 Zentner Rohzucker, so daß die badische Anbaufläche etwa 1300 Hektar betragen wird. Durch die letzten Verhandlungen in Worms ist nun ein gewisser Ausgleich innerhalb Süddeutschland geschaffen worden, während leider die Benachteiligung Süddeutschlands gegenüber der Erzeugung von Mittel- und Norddeutschland im wesentlichen blieb und auch der große Schaden, der dem badischen Zuckerrübenbau durch die Kontingente zugefügt wurde. Die eigentliche Arbeit der Wirtschaftlichen Vereinigung beginnt im September mit der neuen Zuckerkampagne. Sie hat für jedes Jahr zu bestimmen, wieviel Prozent des Grundkontingents im Inland abgesetzt werden und wieviel exportiert werden sollen, wobei 5 Proz. von vornherein als „Pflichtausfuhr" in Betracht kommen. Der Inlandsabsatz wird sich nach dem jeweils anzunehmenden **Bedarf** richten, so daß noch gewisse Zuckermengen für Verfütterung und technische Zwecke in Betracht kommen. Was übrig bleibt und eingelagert werden muß, verzehrt natürlich Zinsen, und die Finanzierung dieser Mengen (für Rohstoffe und Arbeitslöhne) soll durch englische Kredite erfolgen. Das Ergebnis zeigt, daß die deutsche Produktion keine Aussichten mehr hat, ihre frühere Stellung als bedeutende Exportindustrie wiederzugewinnen, und mit der rübenbauenden Landwirtschaft zusammen froh sein muß, gegen das Eindringen von Rohrzucker geschützt zu werden, der in und nach dem Krieg den deutschen Zucker im Ausland verdrängt hat.

* *

Kurze Nachrichten

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei ist für den 28. Mai nach **Berlin** einberufen. Der Vorstand beschloß, beim Reichskanzler erneut zu verlangen, daß die Regierung durch eine weitgehende Senkung der Weizen- und Roggenzölle eine neue Erhöhung des **Brotpreises** verhindere.

Das Urteil im Eden-Prozeß. In dem Prozeß gegen die Nationalsozialisten wegen des Überfalls auf den Tanzpalast Eden verurteilte das Berliner Schwurgericht III die Angeklagten Konrad Stief, Albert Berlich und Max Liebscher wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch zu **je zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis**, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Wesemann wurde frei gesprochen. Die Haftbefehle wurden aufrecht erhalten und der Angeklagte Berlich sofort in Haft genommen.

Der badische kommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele wurde vom **Reichsgericht** wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu **zwei Jahren und neun Monaten** Festungshaft verurteilt.

Der kommunistische Abg. Schneller verurteilt. Gegen den kommunistischen Abgeordneten Schneller haben sich infolge der Immunität etwa 100 Strafverfahren angehäuft, die nunmehr allmählich zur Aburteilung gelangen. In einem Falle wurde er wegen Gotteslästerung zu **einem Monat Gefängnis** verurteilt, in einem andern Falle wegen Beleidigung des Ministers Severing zu **drei Monaten** Gefängnis, wegen Beleidigung des Reichskanzlers zu 300 *RM* Geldstrafe und schließlich wegen verleumderischer Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten Zörgiebel zu 700 *RM* Geldstrafe.

Schlägerei in der Bottroper Stadtverordnetensitzung. In Bottrop sollte aus der Stadtverordnetensitzung ein kommunistischer Stadtverordneter wegen ungebührlichen Verhaltens von der Polizei gewaltsam entfernt werden. Das war das Signal für die Kommunisten. Mit Stuhlbeinen rückten sie gegen die Beamten vor und schlugen auf sie ein. Im Verlauf der wüsten Schlägerei wurden zwei Polizeibeamte leicht verletzt. Die verstärkte Polizei räumte schließlich den Saal unter Anwendung des Gummiknüppels.

Spanische Wahlen Ende Juni. Der spanische Ministerrat hat beschlossen, daß die Corteswahlen am 28. Juni stattfinden sollen.

Reichsaufträge und süddeutsche Länder

Von August Albert

Die Benachteiligung der süddeutschen Länder bei der Vergebung von Reichsaufträgen ist ganz eindeutig nachgewiesen und schon wiederholt Gegenstand lebhafter Beschwerden der beteiligten Kreise, auch in den einzelnen Landtagen gewesen. Es ist das Verdienst des Abg. **Rauch** von der Bayer. Volkspartei, in dieser Frage einen kräftigen Vorstoß unternommen zu haben, der auch die Unterstützung des Reichstages fand, indem eine Statistik über die Verteilung der Reichsaufträge verlangt worden ist. Eine solche ist zwar erschienen, bot jedoch nicht genügend Material, um ein klares Bild zu schaffen. Insbesondere ermangelte die Statistik einer Aufgliederung nach Industriezweigen und Ländern. Eine später in der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" erschienene Arbeit bestätigte lediglich die Tatsache, daß die beiden preußischen Provinzen **Brandenburg** und **Rheinland mehr als die Hälfte der gesamten Reichsaufträge** erhalten haben.

Inzwischen erschien in der gleichen Zeitschrift (Nr. 5) eine weitere Aufstellung der Reichs- und Länderaufträge, die sich auf den Zeitraum eines halben Jahres erstreckt und eine stärkere Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen und Wirtschaftsgebieten bringt, die allerdings auf die drei preußischen Provinzen Rheinland, Brandenburg und Schlesien und die Länder Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden beschränkt ist. In der Wirtschaftszeitschrift „Der deutsche Süden" wird diese neuerliche Statistik von dem Abg. Rauch einer sehr gründlichen Kritik unterzogen und mit Recht die endliche Herausgabe des Gesamtmaterials für ein volles Etatjahr, aufgegliedert nach deutschen Ländern und preußischen Provinzen und nach den einzelnen Wirtschaftszweigen verlangt, wie es die vom Reichstag zum Beschluß erhobene Anträge klar und deutlich fordern.

Vor allem wird festgestellt, daß die **Reichsbahn** auch im zweiten Halbjahr 1930 dem Willen des Reichstages auf gleichmäßigere Verteilung der Reichsaufträge nicht Rechnung getragen hat. Im Gegenteil, sie ließ den Anteil der am meisten bevorzugten Provinzen Brandenburg und Rheinland von 50,3 Proz. auf 53,1 Proz. noch weiter anwachsen, anstatt ihn mit Rücksicht auf die übrigen Wirtschaftsgebiete des Reiches zu ermäßigen. Während die Reichswehr auf dem Gebiete des **Maschinen-, Kessel- und Apparatebaues** 63,6 Proz. ihrer Vergebungen nach Süddeutschland leitete, brachte es die Reichsbahn auf diesem Gebiete Süddeutschland gegenüber nur auf 17,7 Proz. Im **Fahrzeugbau** (ohne Lokomotiven und Eisenbahnwagen) gaben nach Süddeutschland die Reichswehr 32,6 Proz. von 4 Millionen, das Reichsverkehrsministerium 20,2 Proz. von 1,3 Millionen, die Reichspost 39,4 Proz. von 8,7 Millionen, die Reichsbahn aber nur 22,5 Proz. von 280 000 *RM*. Sehr beachtlich ist die Feststellung Rauchs, daß die Reichsbahn versucht, **unter dem Vorwand der Rationalisierung den ganzen Lokomotivbau in Norddeutschland zu konzentrieren** und dadurch süddeutsche Werke lahmzulegen. Auf dem Gebiete der **Lederindustrie** vergab im Berichtshalbjahr die Reichsbahn 58,8 Proz. ihres Bedarfs nach der Provinz Brandenburg, 11,5 Proz. nach Sachsen und nach Süddeutschland überhaupt nichts, während dagegen die Reichswehr auf dem gleichen Gebiet 37 Proz. ihrer Aufträge nach Süddeutschland vergab.

Die Benachteiligung Süddeutschlands tritt auch auf allen anderen Gebieten zu Tage. So im **Holz- und Schnitzstoffgewerbe**, wo die Provinz Brandenburg allein 33,3 Proz. der Gesamtaufträge der Reichsbahn, also mehr erhielt, als die süddeutschen Länder, einschließlich Sachsen mit 32,4 Proz. Die Rheinprovinz erhielt auf dem Gebiete des **Baugewerbes** mit 29,9 Proz. aller Aufträge fast ebenso viel zugewiesen, als ganz Süddeutschland (34,4 Proz.), wobei noch festzustellen ist, daß dieses vom Reichsverkehrsministerium (Strom- und Wasserbauverwaltung) mit 3,5 Proz. der vergebenen Aufträge ganz ungenügend berücksichtigt wurde. Diese Benachteiligung Süddeutschlands wirkt um so krasser angesichts der Tatsache, daß **die Gesamtaufträge des Reiches auf dem Gebiete des Bauwesens rund eine Milliarde betragen.**

Mit Recht weist Rauch darauf hin, daß hier die Möglichkeit gegeben wäre, dem sehr entwickelten und leistungsfähigen süddeutschen Baugewerbe einen Ausgleich zu schaffen zu jenen Lieferungen, die aus Gründen des alleinigen und vorzugsweisen Standortes, Norddeutschland, fast ausschließlich zufallen (Kohle und Schwereisenindustrie). An den Reichsaufträgen für den Bergbau ist Preußen mit 84,4 Proz., an denen in Eisen und Stahl mit 88,3 Proz., an solchen der elektrotechnischen Industrie mit rund 92 Proz. beteiligt, und überdies hat die Reichsbahn mit mehr als einer Viertelmilliarde ungefähr den zehnten Teil der gesamten Jahresproduktion des preußischen Kohlenbergbaues aufgenommen. Da wäre es wohl berechtigt, daß die unmittelbaren Reichsaufträge auf diesen Gebieten unter den Standortsschlüssel herab zugunsten der benachteiligten deutschen Länder gekürzt würden. Aber gerade das Gegenteil muß festgestellt werden, nämlich in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige eine Übersteigerung der an Preußen gegebenen Aufträge, sogar über den Standortsschlüssel hinaus. Daß auf diese Weise ein gerechter regionaler Ausgleich nicht zustande kommen kann, ist klar, und Rauch sagt richtig, die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung Deutschlands in reiche Zentralprovinzen und verarmte Landgebiete werde ihren Fortgang nehmen bis zu jenem Grade der Angleichung an französische Verhältnisse, wo Paris alles und die Provinz nichts ist.

In der Berichtszeit, Juli/Mitte Dezember 1930, hat die Reichsbahn an sämtliche an sie liefernden Industriezweige von 317 Millionen 22,7 Proz. nach der Rheinprovinz, 10,4 nach Brandenburg-Berlin, 11,1 Proz. nach Schlesien vergeben, während Süddeutschland zusammen ganze 9 Proz. der Gesamtsumme erhalten hat. In der Abhandlung von Rauch wird nachgewiesen, daß weder Reichsbahn noch Reichspost bei der Verteilung der Aufträge den Standortschlüssel eingehalten haben. Die Reichsbahn hat 27,5 Proz. ihrer Waggonaufträge nach Schlesien gegeben, obwohl dort nur 16,8 Proz. der in diesem Industriezweig tätigen Personen beschäftigt sind. Baden und Württemberg zusammen erhielten von der Reichspost auf dem Gebiete der **Schwachstromindustrie** bei 3,5 Proz. Beschäftigten von den Gesamtaufträgen nur 0,9 Proz., die Provinz Brandenburg dagegen 93,5 Proz., obwohl dort nur 74,7 Proz. der in dieser Industrie tätigen Personen beschäftigt werden. In der **Eisen-, Metall- und Elektrotechnischen Industrie** Deutschlands ist das preußische Wirtschaftsgebiet mit 61,9 Proz. beteiligt. Aber allein die drei preußischen Provinzen Rheinland, Brandenburg und Schlesien erhielten 63 Proz. aller Aufträge dieser Industrien, also mehr als nach dem von der Behörde vertretenen Standortschlüssel das ganze Preußen zu erhalten hätte. Süddeutschland und Sachsen zusammen hätten nach diesem Standortschlüssel mindestens 28,7 Proz. an Aufträgen bekommen müssen, in Wirklichkeit haben sie nur die Hälfte, nämlich 14,4 Proz. bekommen. Ähnlich sieht es im **Baugewerbe aus.** Hier gab die Reichsbahn 38,3 Proz. ihrer Bauaufträge nach Sachsen und Süddeutschland und 30 Proz. allein nach der Rheinprovinz, die Reichspost 23,7 Proz. nach Sachsen und Süddeutschland, dagegen allein 47,3 Proz. nach Brandenburg und Berlin. Das Reichsverkehrsministerium gab ganze 3,5 Proz. seiner Bauaufträge nach Sachsen und Süddeutschland, also nur ein Siebtel dessen, was diese Länder nach dem Umfang ihres Baugewerbes zu erwarten hatten. Auf dem Gebiet der **Textilindustrie** bekam Süddeutschland und Sachsen nur 17,3 Proz. von der Reichsbahn, während Rheinland, Brandenburg und Schlesien 34,4 Proz. erhielten. Sachsen und Süddeutschland, welche 53 Proz. der gesamten Textilarbeiterschaft Deutschlands beschäftigen, erhielten von den Gesamtvergebungen des Reiches an Textilien nur 24,5 Proz., also noch weniger als die Quote, auf die Sachsen allein Anspruch gehabt hätte.

Aus dem mit großem Fleiße zusammengetragenen Zahlenmaterial des Abg. Rauch geht neuerdings hervor, daß die außerpreußischen Länder bei der Vergebung von allgemeinen Reichsmitteln sehr schlecht weggekommen sind. Man wird in der Auffassung bestärkt, daß **eine Reform des Auftragswesens der Reichsbehörden** im Interesse der Wirtschaft der benachteiligten Länder unbedingt notwendig ist. Wenn die Entwicklung Deutschlands nicht dahin gehen soll, daß neben reichen Zentralprovinzen völlig verarmte Randgebiete entstehen, so muß hier alsbald Wandel geschaffen werden. Die ganze Frage zeigt aber deutlich, wohin es käme, wenn in Deutschland der Zentralismus Oberwasser gewinnen würde.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai hat sich der Beschäftigungsgrad weiter gehoben; die Bewegung ist zwar, verglichen mit dem letzten Berichtabschnitt, **langsamer** geworden, doch ist sie noch kräftiger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat seit dem 30. April um rund 147 000 abgenommen und beziffert sich am 15. Mai auf **4 211 000.** Eine gleich starke Besserung trat in 1930 erst im Verlaufe des ganzen Monats Mai ein.

Die Zahl der **Hauptunterstützungsempfänger** ist um rund 174 000 auf rund 1 713 000 gesunken. Andererseits hat die Belastung der **Krisenfürsorge** noch um rund 11 000 auf annähernd 914 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonaußenberufe hat gegenüber der zweiten Hälfte des April nachgelassen. Die Ursache dafür ist vor allem die Einschränkung des Kräftebedarfs in der Landwirtschaft. Die Tätigkeit im Baumarkt hat weiterhin langsam zugenommen, der Beschäftigungsgrad bleibt jedoch hinter dem des Vorjahres nicht unerheblich zurück. In den vom Baumarkt abhängigen Industrieen ist die Lage etwas günstiger geworden, wenn auch die Entlastung in zögerndem Tempo fortschreitet. Die Besserung des Arbeitsmarktes im Bekleidungsgewerbe konnte sich weiter fortsetzen. Im Spinnstoffgewerbe hat die Belebung angehalten. Der Abbau der Belegschaften im Steinkohlenbergbau hat sich fortgesetzt. Die Hütten- und Eisenwerke melden Nachlassen der Nachfrage aus Oberschlesien und Niedersachsen. Weitere Kurzarbeit und ungleichmäßige Entwicklung meldet das Rheinland. Einzelne Zweige der Metallverarbeitung erfuhren bezirklich eine gewisse Stützung. Der Beschäftigungsgrad hat sich in der Nordmark, Niedersachsen, Mitteldeutschland, der westfälischen Großeisenindustrie etwas gebessert. In der Kraftwagenindustrie sind vereinzelt Rückschläge eingetreten. Eine Entlastung erfuhr der Arbeitsmarkt im Gastwirtsgewerbe und in einigen Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes. Der Arbeitsmarkt der Angestellten wurde durch umfangreiche Zugänge belastet.

Generaloberst a. D. von Kluck 85 Jahre. Generaloberst a. D. Alexander von Kluck, der Führer der ersten Armee im Weltkrieg, beging am Mittwoch seinen 85. Geburtstag. 1846 in Münster geboren, begann er 1865 seine militärische Laufbahn. 1866 machte er den Mainfeldzug mit, 1870 wurde er zweimal verwundet. Bei Ausbruch des Weltkrieges betraute man den Achtundsechzigjährigen mit der Führung der ersten Armee, die im Westen auf dem rechten Flügel die Flanke des Heeres decken und gleichzeitig den feindlichen Flügel umfassen sollte. Nach dem Scheitern des Vormarsches in Frankreich wurde von Kluck im Jahre 1915 in den Stellungen seiner Truppen verwundet. Er mußte die Führung der Armee abgeben; im Oktober 1916 erhielt er seinen Abschied.

Graf Coudenhove-Kalergi Träger des Nobelfriedenspreises? Graf Coudenhove-Kalergi, der Führer und Begründer der Pan-Europabewegung ist, wie aus Wien gemeldet wurde, von einer großen Anzahl europäischer Staatsmänner, Gelehrter und Dichter als Kandidat für den Nobelfriedenspreis bezeichnet worden.

Kleine Chronik

Dr. Friedrich **Wolf in Stuttgart,** der in die bekannte Affäre wegen § 218 verwickelt ist, befindet sich seit einiger Zeit in **Moskau,** um dort in einem Film mitzuwirken. Auch Frau Dr. **Jakubowitz-Kienle** hat vom Untersuchungsrichter die Ausreiseerlaubnis nach Rußland bekommen und will sich demnächst dorthin begeben. Beide haben sich indessen ehrenwörtlich verpflichtet, einer Ladung des Gerichts in der gegen sie schwebenden Strafsache jederzeit Folge zu leisten.

Die Stadt **Solingen** ist bei einer ganzen Reihe von Bauaufträgen für die Straßenbahn, die in den Jahren 1925 bis 1929 im Gesamtbetrag von zwei Millionen Mark vergeben worden sind, um über **500 000 Mark geschädigt** worden. Bei diesen Arbeiten sind Doppelzahlungen, bzw. Minderleistungen vorgekommen, schlechtes Material verwendet und der Stadt gehörendes Material in Rechnung gestellt worden. Die Beträge verteilen sich auf eine Bauhütte und auf zwei Privatfirmen.

Wie aus **Stralsund** berichtet wird, wurde dort ins Amtsgerichtsgefängnis ein seit langem gesuchter und jetzt in Malmö festgenommener Betrüger, der Kaufmann P. **King** aus **Pforzheim** eingeliefert. Der Häftling wird nach Karlsruhe transportiert werden.

In einer Sandgrube in **Wernsdorf** bei Berlin lösten sich plötzlich etwa 50 Kubikmeter Sand und **verschütteten sieben Arbeiter,** von denen vier mit schweren Verletzungen, drei nur noch als Leichen geborgen werden konnten.

Der ehemalige Kommandant des russischen Eisbrechers **„Krassin", Evve,** der durch seine Teilnahme an der Nobile-Rettungsexpedition bekannt geworden ist, veröffentlicht, wie die Tel.-Agentur Sowjetrußlands meldet, einen offenen Brief, in dem er die seit einiger Zeit in der Presse umlaufenden Gerüchte über seine Erschießung dementiert.

Durch eine **Explosion** eines **Riesengasometers** in der Kokerei **Seraing** bei Lüttich, ist eine gewaltige **Feuersbrunst** entstanden, die auf die Destillationsanlagen übergriff und sie vollkommen zerstörte. Die Verwüstungen in der Umgegend der Fabrik sind ungeheuer. In dem benachbarten Dorfe wurden durch den Luftdruck alle Fensterscheiben zerbrochen. Außer den 15 Verletzten wird noch eine Person vermißt.

Die deutsche Flagge auf dem Rhein

Als bedauerliche Wirkung der schweren Wirtschaftskrise ist — wie die „Frankf. Ztg." berichtet — die Tatsache zu verzeichnen, daß die deutsche Flagge auf den Rheinschiffen immer mehr von den Flaggen anderer Länder verdrängt wird und daß der Anteil Deutschlands am Rheinverkehr von Jahr zu Jahr geringer wird. Von allen Schiffen, die im Jahre 1930 die **Koblenzer Schiffbrücke** zu Berg passiert haben, waren rund 56 Prozent deutsch (im Jahre 1929: 61 Prozent), 29 (25) Prozent holländisch, 8 Prozent belgisch, 10 Prozent französisch und 3 Prozent schweizerisch. Noch schlechter schneidet Deutschland bei der Talfahrt ab. Im Jahre 1930 waren 49 Prozent aller Rheinschiffe, die zu Tal fuhren, deutsch, gegen reichlich 50 Prozent im Jahre 1929. 25 Prozent aller Rheinschiffe fuhren unter holländischer, 3 Prozent unter belgischer, 10 Prozent unter französischer und 3 Prozent unter schweizerischer Flagge.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(45. Sitzung)

DZ. **Karlsruhe**, 21. Mai 1931.

Die Nachmittagssitzung beginnt mit der Abgabe einer Erklärung des deutschnationalen Abg. Dr. **Schmitthenner**, die einige Bemerkungen des Abg. von Au über die Haltung der Deutschnationalen zur Finanznot richtig stellt. Tatsache sei, daß man auf Seiten der Deutschnationalen keine Schadenfreude über die heutigen Zustände empfinde, sondern die Volksnot und Finanznot des Staates lebhaft bedauere. Er, Dr. Schmitthenner, habe in seinen Erklärungen zur Staatshaushaltsordnung lediglich festgestellt, daß der Finanzminister eine jeden Optimismus bare Rede gehalten habe, und daß man gewünscht hätte, daß den Warnungen der Deutschnationalen schon vor Jahren Gehör geschenkt worden wäre.

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet

Abg. **Heid** (Sozdem.) die Förmliche Anfrage seiner Fraktion wegen der Vorgänge beim

Streik bei der Firma Schiele und Bruchsaler in Hornberg i. Schw.

Ende März d. J. Sie richtet sich vor allem gegen das Verhalten des Landrats von Wolfach. Unter dem Schutz eines Gendarmerieaufgebots sei es der Firma gelungen, gegen 100 Nationalsozialisten als Streikbrecher in den Betrieb zu bringen; den Streikenden jedoch habe man jede Bewegungsfreiheit unmöglich gemacht. Die Tätigkeit des Bezirksamts Wolfach, so schließt der Interpellant, sei nicht im Sinne der Reichsverfassung gelegen.

Ministerialrat Dr. **Barck**

antwortet:

Die Vorgänge beim Streik in Hornberg sind der Regierung bekannt. Es ist aber **nicht zutreffend**, daß durch die seitens des zuständigen **Bezirksamts** getroffenen **polizeilichen Maßnahmen** irgendwie die Handlungsfreiheit der in den Streik getretenen Arbeiter beeinträchtigt worden wäre. Das Bezirksamt hat seine Aufgabe darin gesehen, Ausschreitungen zu verhindern. Die Streikenden sind nicht daran gehindert worden, Streikposten aufzustellen. Der Landrat hat nicht versucht, einen Druck auszuüben, um die Streikenden arbeitswillig zu machen. Wenn sich der Landrat nur allmählich entschloß, den **polizeilichen Schutz** zu vermindern, so geschah es nur aus Sorge für die Vermeidung jeglichen Zusammenstoßes, aber nicht aus Arbeiterfeindlichkeit. Maßgebend für die badische Polizei ist der **Grundsatz der Unparteilichkeit im wirtschaftlichen Kampfe.** Der Innenminister betrachtet es als seine Pflicht, für die Wahrung der Unparteilichkeit der Polizei auch in Lohnkämpfen einzutreten.

Abg. **Klausmann** (Komm. P.) begründet einen Antrag, der Landtag wolle das Einsetzen der Gendarmerie im Hornberger Streik verurteilen und die Regierung auffordern, den Landrat von Wolfach wegen seiner Haltung in diesem Streik sofort seines Amtes entheben.

In der Aussprache nimmt zunächst

Abg. **Köhler** (Nat.-Soz.) das Wort. Er führt aus, die Frage sei strittig, ob der Streik bei Schiele & Bruchsaler auf rechtlicher Grundlage beruhte. Die Angriffe gegen die Nationalsozialisten gingen von falschen Voraussetzungen aus. Die Firma habe sich nicht an die NSDAP., sondern an das Arbeitsamt gewandt. Unter den etwa 100 Arbeitswilligen hätten sich Leute aller politischen Richtungen befunden, u. a. auch drei organisierte Nationalsozialisten. Die NSDAP. habe keine Streikbrechergarde großgezogen.

Abg. **Martzloff** (Sozdem.) bittet um Auskunft, ob die Kosten des Gendarmerieaufgebots tatsächlich von der bestreikten Firma gezahlt worden sind. Die Ruhe sei von den Streikenden in keiner Weise gestört worden. Der Redner ist der Auffassung, daß der Landrat die in Wirtschaftskämpfen gebotene Neutralität verletzt hat. Er setzt sich dann mit den Kommunisten auseinander, die die gewerkschaftliche Organisation zu untergraben suchten. Dem ersten Teil des kommunistischen Antrags stimmt die Sozialdemokratische Fraktion zu, beim zweiten übt sie Stimmenthaltung.

Abg. **Schmidt-Bretten** (Wirtsch.- u. Bauernp.) unterbreitet dem Hause das ihm vom Abg. Spielmann unterbreitete Material über die Vorgänge beim Hornberger Streik. Er nimmt die Firma in Schutz, die auch nicht einen Pfennig für das Gendarmerieaufgebot bezahlt habe. Es bestehe kein Grund, das Verhalten des Landrats zu mißbilligen.

Abg. **Ewald** (Ev. Volksd.) sagt, Staat und Polizei hätten nur ihre Pflicht getan.

Staatspräsident und Innenminister **Wittemann**

weist darauf hin, daß man die Richtigkeit des Vorgehens des Landrates rückwärtsschauend nicht beurteilen könne. Vielleicht sei der Landrat etwas zu ängstlich gewesen; aber tadeln könne er ihn deswegen nicht. Er, der Minister, wolle die Sache nochmals prüfen, um zu sehen, ob sich etwas ergibt, was zu beanstanden wäre. Die **vorliegenden aktenmäßigen Berichte** gäben **keinen Anlaß zur Mißbilligung des Verhaltens** des Landrats, der sicher nur pflichtgemäß handeln wollte. Davon könne **gar keine Rede sein**, daß die Gendarmerie für ihre Tätigkeit von der Firma bezahlt wurde.

Es folgt die **Abstimmung** über den kommunistischen Antrag. Ziffer 1 wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten **abgelehnt**, ebenso Ziffer 2 gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten.

Das Haus befaßt sich noch mit einem **Gesuch des Landesverbandes bad. Küfer- und Küblerinnungen**, das sich über die Beschäftigung der Gefangenen im Landesgefängnis Freiburg mit Maschinen beklagt.

Die Regierung hat dazu im Haushaltsausschuß eine Erklärung abgegeben, durch die nach dem Bericht des Abg. **Hofheinz** (Dem.) die Eingabe als **erledigt** erachtet wird.

Das Haus beschließt in diesem Sinne.

Um 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Freitag, vorm. 9 Uhr.

(46. Sitzung)

DZ. **Karlsruhe**, 22. Mai.

Präsident **Duffner** eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Vertrauensmännerausschuß beschlossen habe, das älteste Mitglied des Hauses, den Zentrumsabgeordneten **Schneider**, für die Dauer der Erkrankung des Abg. Maier-Heidelberg aushilfsweise mit der Funktion eines Vizepräsidenten zu betrauen. Das Haus ist damit einverstanden. Der Präsident beglückwünscht zugleich den Abg. **Schneider** zu seinem 65. Geburtstage.

Eine Polizeidebatte

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet der Abg. **Heid** (Soz.) über den Antrag der Deutschnationalen, betr.

die Tätigkeit der Polizei bei den Heidelberg Unruhen am 21. und 29. Januar 1931.

Danach soll die Regierung ersucht werden, „Anordnungen zu treffen, die den Gebrauch des Gummiknüppels grundsätzlich auf die Fälle des Landfriedensbruchs, des Aufruhrs, der gewalttätigen Widersetzlichkeit und der Notwehr beschränken, und die in ähnlichen Lagen, wie die in Heidelberg, die an sich zwar als ungewöhnlich und verbotswidrig gelten müssen, aber bei gutem Willen und kühlen Nerven der Polizei ohne gewalttätige Mittel auf friedlicher Weise geregelt werden können, das Verhältnis der Polizei zum Publikum grundsätzlich auf eine andere Grundlage, wie auf die des Gummiknüppels stellen."

Der Haushaltsausschuß beantragt, dem obigen Antrag die Zustimmung **zu versagen.**

Abg. Dr. **Schmitthenner** (D. Natl.) führt zur Begründung seines Antrages aus, daß das Vorgehen der Polizei in Heidelberg von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung bis weit nach links mißbilligt und verurteilt worden sei. Man habe allzu rasch, allzu scharf und allzu rücksichtslos gehandelt. Den einzelnen Beamten treffe kein Vorwurf. Es gehe im wesentlichen um Führungsfehler, vielleicht auch um Gesinnungs- und Erziehungsfehler. Man sei zu leicht dabei, die bequeme Waffe des Gummiknüppels anzuwenden. Der Redner sieht im Einsatz der Polizei gegen das Publikum eine äußerst delikate Angelegenheit. Er fordert Zurückhaltung bei politischen Aktionen, die des bösartigen Charakters entbehren. Wenn der oppositionelle Teil des Staatsvolkes nur seinen politischen Willen bekunde, so müsse die Polizei zwar auch die Autorität wahren, aber sich grundsätzlich anders einstellen, als wenn es sich um aufrührerische, revolutionäre Gewalttaten handelt.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (D. Natl.) begründet weiter die Förmliche Anfrage seiner Partei, die sich dagegen wendet, daß Minister Dr. Remmele auf Wahlreisen durch Schupobeamte begleitet wurde.

Ministerialrat Dr. **Barck**

erwidert, die politischen Spannungen der letzten Wahlen erforderten einen verstärkten Polizeischutz, der nicht nur Ministern, sondern allen Parteien in gleicher Weise zuteil geworden sei.

Abg. **Bock** (Komm. P.) begründet darauf die Anträge und Anfragen seiner Partei gegen die Polizeiaktionen in **Heidelberg** und **Schopfheim** (letztere anläßlich einer Arbeitslosendemonstration am 25. Februar d. J.).

Ministerialrat Dr. **Barck**

antwortet: Die Kommunistische Partei Deutschlands, Ortsgruppe **Schopfheim**, veranstaltete am 25. Februar d. J. trotz des Demonstrationsverbots einen Umzug der Erwerbslosen. Der Aufforderung zur Auflösung wurde zunächst keine Folge geleistet. Angesichts der Widersätzlichkeit der Demonstranten und fortwährenden Neuansammlungen mußten die Exekutivbeamten zur Festnahme zweier kommunistischer Führer schreiten. Die Beamten kamen gegenüber einer **verhetzten Menge** in eine **sehr bedrängte Lage** und sahen sich gezwungen, zum Gummiknüppel zu greifen. Auch der Bahnhof mußte geräumt werden. Daß dabei auch Personen getroffen wurden, die keine Unterstützung der verbotenen Demonstration wollten, ist zu bedauern. Es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die **Aufgabe der Polizei erleichtert und Unannehmlichkeiten erspart würden, wenn sich das unbeteiligte Publikum fernhielte.**

Abg. **Reinbold** (Sozdem.) weist darauf hin, daß es der Polizei durch Provokationen außerordentlich schwer gemacht werde, sachlich und ruhig aufzutreten, besonders dann, wenn die Menge mißbraucht werde, wie es in Schopfheim der Fall gewesen sei. Unser Parteigenosse, Minister Dr. Remmele, habe noch nie polizeilichen Schutz verlangt; zu den Vorkommnissen in Heidelberg wäre es nicht gekommen, wenn man die Studenten nicht aufgepeitscht hätte. Im übrigen müsse durch die Erziehung der Polizei und Gendarmerie erreicht werden, daß auch der einfachste Mann und namentlich die Führung, den äußersten Zeitpunkt erkennen, in dem unter Umständen vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen ist.

Abg. **Berggötz** (Ev. Volksd.) unterstützt die deutschnationalen Anträge.

In der weiteren, zum Teil **sehr heftigen Aussprache**, führt

Abg. **Honikel** (Zentr.) aus, seine Fraktion könne den Anträgen nicht zustimmen, weil sie die Tätigkeit der Polizei nicht lähmen und ihre Dienstfreudigkeit nicht beeinträchtigen wolle. Der Redner ist der Auffassung, daß im Gegensatz zum alten Staat die Demokratie zu lax in der Wahrung der Autorität gewesen sei.

Abg. **Köhler** (Nat.-Soz.) erklärt, niemand könne die Tatsache aus der Welt schaffen, daß der größte Teil der Heidelberger Bevölkerung über das Vorgehen der Polizei im Januar d. J. außerordentlich erregt war. Zugegeben, daß die Aufgabe der Polizei in heutiger Zeit eine besonders schwierige sei, so müsse man doch verlangen, daß Brutalitäten unterbleiben, wie sie z. B. gegenüber dem Hausmeister der Universität geübt worden sei.

Abg. **Bauer** (D. Vp.) führt aus, seine Fraktion lehne den Antrag Dr. Schmitthenner ab. Das heiße aber nicht, daß man den Gummiknüppel heilig sprechen wolle. Die scharfen Ausführungen des Abg. Reinbold gegen die Heidelberger Professoren und Studenten seien unberechtigt. Darin geht der Redner mit dem Abg. Dr. Schmitthenner einig, daß der Einsatz der Polizei grundsätzlich auf das unbedingt nötigste Maß beschränkt werden soll. Bei den heutigen Spannungen müsse man alles vermeiden, was reizen könne. Die Staatsautorität werde immer zu wahren sein. Sei einmal die Polizei einzusetzen, so werde es auch in einem neuen Staate in scharfer bestimmter Weise geschehen müssen.

Abg. **Schmidt-Bretten** (Wirtsch.- u. Bauernp.) tadelt das Verhalten eines Teils der Heidelberger Polizei, der die Nerven verloren habe. Die Anfahrt größerer Polizeiaufgebote bei harmlosen Veranstaltungen müsse verbitternd wirken.

Abg. **Hofheinz** (Dem.) vertritt die Auffassung, daß mit dieser Debatte den Interessen Heidelbergs nicht gedient werde. Nach dem Demonstrationsverbot habe man geradezu aufgeatmet, daß die verschiedenartigsten Umzüge Abend für Abend endlich aufhörten. Demokratie heiße Freiheit, aber Freiheit in bewußter Unterordnung unter die Gesetze. In der Vorkriegszeit hatte man schon zu schärferen Vorbeugungsmaßnahmen gegriffen. Wurde es aber ernst, dann sei man mit dem Gewehrkolben gekommen.

Zum Fall des Hausmeisters Baust sagt der Redner, die Dinge hätten sich seines Wissens im Vorraum, nicht auf dem Platze, abgespielt. Die eingeschlossenen Studenten hätten sich in unerhörten, fortgesetzten Provokationen gegenüber den draußen auf- und abpatrouillierenden Polizeibeamten ergangen.

Abg. **Großhans** (Soz.) nimmt den Abg. Reinbold gegen den ihm von nationalsozialistischer Seite gemachten Vorwurf in Schutz, da er an der Ermordung des Majors Scherer in Singen a. H. moralisch schuldig sei.

Staatspräsident und Innenminister Wittemann

nimmt dann das Wort. Er erklärt: Minister Dr. **Remmele** hat von sich aus **keine polizeiliche Begleitung** verlangt und bekommen. Dagegen ist vor den Wahlen amtlich angeordnet worden, daß **alle Parteien**, wenn es erforderlich erscheint, den nötigen Polizeischutz erhalten. Daß dies namentlich der Fall war, wenn Minister Dr. Remmele als Redner auftrat, ist verständlich, wenn man weiß, mit welcher „Liebe" und „Aufmerksamkeit" gerade seine Versammlungen seitens der Nationalsozialisten bedacht wurden. Diese brauchen sich deshalb nicht über die Kosten des verstärkten Polizeischutzes zu beklagen.

Der Minister spricht der **badischen Polizei und Gendarmerie vollstes Vertrauen und Anerkennung** aus, daß sie ihren **schweren Dienst** in den letzten Jahren unter Aufbietung aller Kräfte und selbst unter Blutopfern und Inkaufnahme von körperlichen Mißhandlungen bewältigt hat. Die Vorkommnisse in **Schopfheim** und in **Heidelberg** sind zu bedauern, aber sie sind **provoziert**, dort von den Kommunisten und hier von nationalsozialistischen Studenten. Man sollte nicht verkennen, daß ein Polizeibeamter durch **ständige Aufreizung und Nichtbefolgung gutgemeinter Warnungen** selbst in eine gewisse Erregung geraten müsse. Man könne nicht vorschreiben, wenn der Gummiknüppel anzuwenden sei. Das muß dem **pflichtgemäßen Ermessen** der Führer überlassen bleiben. Ein gut Teil der Kritik und der Angriffe gegenüber der Polizei habe seinen Grund darin, diese mürbe zu machen. Über die Legalität der Nationalsozialisten habe er, der Minister, seine eigene Meinung.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. **Köhler** (Nat.-Soz.) und Entgegnung des **Ministers** folgte das Schlußwort des Abg. Dr. **Schmitthenner** (DNatl.)), der daran festhält, daß es möglich sein muß, den Gebrauch des Gummiknüppels einzuschränken.

Abg. **Bock** (Komm.) setzt sich im Schlußwort mit den Nationalsozialisten auseinander und tritt nochmals für seinen Antrag ein.

Die Anträge der Deutschnationalen und der Kommunisten werden darauf mit großer Mehrheit **abgelehnt.**

Um ½2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Die nächste Sitzung, die die letzte vor Pfingsten sein soll, beginnt bereits um 8 Uhr.

Landtagsabgeordneter Gustav Schneider 65 Jahre alt

Oberrechnungsrat beim Landgericht Heidelberg, **Gustav Schneider**, feiert heute, Freitag, seinen 65. Geburtstag und scheidet nun kraft Gesetzes aus dem badischen Staatsdienste aus. Seit dem Jahre 1902 wirkte Schneider in Heidelberg. Im Jahre 1919 wurde der damalige Landgerichtssekretär Schneider als Abgeordneter des Zentrums in den Badischen Landtag gewählt, wo ihm die Zentrumsfraktion den Posten des Vorsitzenden des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung übertrug, eine Stellung, die er auch heute noch bekleidet, wobei seine Tätigkeit von allen Seiten gerne anerkannt wird. Schneider gehört auch der Heidelberger Stadtverwaltung sowie dem Kirchensteuerparlament und dem Verwaltungsrat der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie an.

Verbot geschlossener nationalsozialistischer Anmärsche und Anfahrten im Amtsbezirk Schopfheim

Die am Pfingstsonntag seitens der **Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei** anläßlich einer geplanten Schlageter-Gedächtnisfeier in Schönau (Schwarzwald) beabsichtigten **geschlossenen Anmärsche und Anfahrten**, insbesondere mit **Lastkraftwagen**, sind vom Bezirksamt Schopfheim wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den ganzen Amtsbezirk Schopfheim **verboten** worden.

Handel und Wirtschaft

Von den Börsen

Unter dem Einfluß der sehr schwachen Auslandsbörsen war die Grundstimmung der abgelaufenen Börsenwoche schwächer. Hinzu kam, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung von der Börse außerordentlich pessimistisch beurteilt wurde, so daß die Baissepartei erheblich Oberwasser bekam. Die Banken waren wenig geneigt, das herauskommende Material aufzunehmen, und so ergibt sich gegenüber der Vorwoche ein **weiteres Absinken des Kursniveaus.** Der allgemeine Aktienindex des Statistischen Reichsamts liegt heute nur noch wenig über 80.

Eine Reihe von Papieren erreichten in der abgelaufenen Woche neue Tiefpunkte. Eine am Mittwoch zu bemerkende Erholung mußte bald wieder der nachgebenden Tendenz weichen. Mit einer Änderung dürfte kaum in nächster Zeit zu rechnen sein. Das Kursniveau hat eine Abschwächung von 2 bis 10 Prozent erfahren. Fast alle Märkte wurden davon mehr oder weniger stark betroffen. Lediglich Bankwerte, bei denen Interventionen der Banken erfolgten, machten eine gewisse Ausnahme. Berliner Handel gingen von 114,5 auf 110,25 zurück, Darmstädter von 126 auf 122,5. Dagegen behaupteten Dedi, Dresdner und Reichsbank sich, bzw. gaben nur ½ oder 1 Prozent nach. Auf dem Schiffahrtsmarkte setzte sich der Rückgang fort. Hapag gingen von 53,25 auf 50⅞ zurück, Nord-Lloyd von 54⅜ auf 51⅝ und Hamburg-Süd beendeten ihren Abstieg von 95,5 bis 89. Auch der Kunstseidenmarkt, der bislang Anregungen in der Kunstseideneinigung fand, erlitten erhebliche Verluste (Bemberg 87,5—73,75, Vereinigte Glanzstoff 90,5—81). Auch am Elektromarkte sind Verluste zu verzeichnen (AEG. 93—88,75; Siemens & Halske 152,5 bis 145). Unter dem Einfluß des Dividendenausfalls verloren Bayrische Motoren 10 Punkte und schlossen mit 45,5. Auch das Standardpapier der deutschen Börse, J. G.-Farben, ging von 137 auf 131⅞ zurück. Der Kalimarkt und Montanwerte büßten ebenfalls einige Prozente ein. Deutsch-Linoleum setzte seinen seit der Dividendenerklärung begonnenen Rückgang bis auf 62,5 weiter fort. Am Rentenmarkte gab es verhältnismäßig geringe Veränderungen.

Z.132
Zwischen 2 Zigaretten
3 Wybert-Tabletten

Gemeinderundschau

Der Sparkommissar in Mannheim. Der Reichssparkommissar Dr. Saemisch hatte in Mannheim eine Aussprache mit dem Oberbürgermeister, die sich auf die wichtigsten Verwaltungszweige und Voranschlagstitel bezog. Dr. Saemisch ist bereits wieder abgereist. Bald nach Pfingsten soll, wie die „N. Bad. Landesztg." hört, ein Beamter seines Büros nach Mannheim kommen, um durch gründliches Studium zu erforschen, auf welchen Gebieten der Stadtverwaltung noch Einsparungen zu erzielen sind.

Der Heidelberger Voranschlag erneut abgelehnt. Der Stadtrat Heidelberg hat wiederum den städtischen Voranschlag abgelehnt, so daß nun der **Zwangsetat** in drohende Nähe gerückt ist. Von seiten der Staatspartei werden Einsparungen in der Wohlfahrtspflege propagiert. Nach einer Veröffentlichung und Gegenüberstellung dieser Partei trägt Heidelberg von allen badischen Städten die höchsten sozialen Lasten. So zahlt Heidelberg für Alleinstehende in der allgemeinen Fürsorge 41, Karlsruhe 38, Freiburg 40, Pforzheim 36 RM. Für Ehepaare ohne Kinder zahlen Heidelberg 65, Mannheim 56, Karlsruhe 51, Freiburg 50 und Pforzheim 54 RM. Auch in der gehobenen Fürsorge steht Heidelberg an der Spitze.

Der Gemeinderat Sinsheim a. d. E. hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses ab 1. April die Erhebung der Bürgersteuer nach der festgelegten Staffelung mit einem Zuschlag von 100 Proz. mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt und der Senkung der Gemeindeumlage beschlossen.

Baden-Baden unter Zwangsetat. Nachdem der Stadtrat in Baden-Baden es abgelehnt hat, eine Änderung an den vom Bürgerausschuß abgelehnten Etat vorzunehmen, muß nunmehr der Landeskommissär in Karlsruhe die Zwangsetatisierung vornehmen.

Die Sparkasse in Kehl zieht um. Die Städt. Sparkasse in Kehl hat durch Ankauf das ehemalige Bankgebäude der Rheinischen Kreditbank erworben, da ihr in den neuen Räumen die Möglichkeit gegeben ist, Tresore einzubauen. Der Kaufpreis soll 58 000 RM. betragen.

Der Schiltacher Gemeindevoranschlag wurde vom Bürgerausschuß einstimmig angenommen.

Oberbadischer Strombezugsverband. In Villingen fanden dieser Tage Verhandlungen der Interessengemeinschaft der oberbadischen Stromverbände (Donaueschingen, Engen, Neustadt, Säckingen, Villingen und Waldshut), mit Vertretern des Kraftwerks Laufenburg statt, die eine **Ermäßigung der Strompreise** zum Gegenstand hatten. In der Verhandlung wurde Einmütigkeit darüber erzielt, daß eine baldige Ermäßigung des Strompreises eintritt.

Der Gemeinderat Triberg hat die Heranziehung der Hotels und Gastwirtschaften zur Gebäudesondersteuer für das Jahr 1931 neu geregelt. Vom neuen Rechnungsjahr 1931/32 an wird die letztjährige Gemeindeumlage, verkürzt um vier bzw. acht Prozent als Vorschußzahlung, bis zur endgültigen Festsetzung in Monatsraten wieder erhoben. — Die Einführung einer Ruhelohnordnung für städtische Arbeiter wird mit Mehrheit abgelehnt. — Ein Antrag, die in eigener Regie stehende Stadtgärtnerei versuchsweise aufzuheben und die gärtnerischen Arbeiten der Stadt privat zu vergeben, wurde angenommen. — Das städtische Fuhrwesen wird aufgehoben bzw. so geregelt, daß die Fuhrleistungen an private Unternehmer vergeben werden, ausgenommen das Straßensprengen, das weiter von der Stadt selbst besorgt wird.

Der Bürgerausschuß Lenzkirch stimmte dem Voranschlag für 1931/32 zu. Bei 175 893 RM. Einnahmen und 197 037 RM. Ausgaben entsteht ein ungedeckter Aufwand von 21 144 RM., der durch eine Gemeindeumlage in Höhe von 60 Rpf. vom Grundvermögen, 75 Rpf. vom Wald, 29 Rpf. vom Betriebsvermögen und 431 Rpf. vom Gewerbeertrag gedeckt werden soll.

Der Bürgerausschuß Engen genehmigte den Voranschlag für 1931/32, der u. a. die Einführung der Bier- und Bürgersteuer vorsieht. Der Voranschlag wurde mit 41 gegen 13 Stimmen angenommen.

Der Haushaltplan der Stadt Lörrach schließt in den Einnahmen mit 1 878 020 RM., in den Ausgaben mit 2 352 820 RM. ab, so daß 480 800 RM. durch Umlage zu decken sind. Diese beträgt 92 Rpf. beim Grundvermögen, 29 Rpf. beim Betriebsvermögen und 579 Rpf. beim Gewerbeertrag. Der Schuldenstand betrug am 31. März 1931 einschließlich zirka 680 000 RM. Aufwertungsschulden 6 839 646 RM. An Zinsen müssen aufgebracht werden 543 550 RM. und an Tilgung 146 100 RM. Die Zahl der städtischen Beamten beträgt 80. Fürsorge und Jugendamt erfordert einen Zuschuß von 409 000 RM. Dazu kommen weitere 203 000 RM. für die Wohlfahrtspflege und 204 000 RM. für die Armenpflege. Die Gemeindeverwaltung erfordert einen Zuschuß von 248 000 RM., die Gemeindebetriebe einen solchen von 94 000 RM. Die Schulen einen Zuschuß von 170 000 RM. und die Sicherheitspolizei einen Zuschuß von 72 300 RM.

Der Haushaltsplan der Stadt Singen a. H. ist fertiggestellt. Er schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 2 876 934 bzw. 2 892 210 RM. ab. Der ungedeckte Fehlbetrag beträgt 15 276 RM.

Aus der Landeshauptstadt

Eine „Badische Woche". Den Mittelpunkt der diesjährigen „Herbsttage" wird eine „Badische Woche" (4. bis 11. Oktober) bilden, die im wesentlichen kulturelle Darbietungen bringt. Es werden daran das Bad. Landestheater, die Bad. Hochschule für Musik und der Bayreuther Bund beteiligt sein. Die „Woche" soll eingeleitet werden durch eine sich auch wirtschaftlich auswirkende Kundgebung für die notleidende Geistes- und Künstlerwelt im Grenzlande Baden. Sie soll gleichzeitig den Geschäfts- und Handelskreisen Karlsruhes dadurch dienstbar gemacht werden, daß mit ihr (im Zusammenwirken mit dem Karlsruher Einzelhandel) eine „Verkehrswerbewoche" verbunden wird.

Bevölkerungsstatistik. Das Gesamtergebnis der natürlichen Bevölkerungsbewegung im ersten Vierteljahr 1931 ist für Karlsruhe ein Überschuß der Geburten über die Sterbefälle um 192 Personen; das bedeutet gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 ein Zurückbleiben um 88 Personen, gegenüber dem ersten Vierteljahr 1929 aber eine Steigerung um 110 Personen.

Der Wirtschaftsbetrieb in Stutensee bleibt, wie seinerzeit schon mitgeteilt wurde, durch die erfolgreichen Bemühungen des Verkehrsvereins, der Bürgervereine und anderer Organisationen für den Ausflugs- und Spaziergängerverkehr erfreulicherweise aufrechterhalten. Die weiteren Schritte, die der Verkehrsverein gegenwärtig unternimmt, gehen dahin, daß der Wirtschaft in gewissem Umfang auch wieder wie früher die Konzession für den Ausschank alkoholischer Getränke, wenigstens in beschränktem Umfange, erteilt wird. Das idyllisch gelegene Schlößchen in Stutensee ist und bleibt eines der beliebtesten Ausflugsziele in Karlsruhes Umgebung.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Freitag morgen: Unter dem Einfluß des sich von Westen nähernden Zwischenhochs haben die Niederschläge bei uns nachgelassen. Die Vorderseite der über dem Ozean nachfolgenden Zyklone stellt für morgen zunächst trockenes Wetter mit leichter Erwärmung in Aussicht. **Voraussage für 23. Mai:** Zeitweise noch wolkig, vorübergehend trocken, tagsüber wärmer bei leichten südlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 394 minus 22, Basel 225 plus 25, Schusterinsel 295 plus 14, Kehl 425 plus 85, Maxau 560 plus 45, Mannheim 457 plus 26, Caub über 2 Meter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Politische Ausschreitungen in Freiburg

WTB. **Freiburg,** 22. Mai. (Tel.) In Freiburg ist es am Donnerstag Abend an zwei Stellen zu **kommunistischen Ausschreitungen** gekommen. Eine auf dem Grundstück der Brauerei Höpfner in der Wasserstraße gehißte **studentische Fahne** des Vereins Deutscher Studenten in den Farben **Schwarz-Weiß-Rot** wurde von jugendlichen Kommunisten **in Brand gesetzt.** Die Täter entkamen, ehe die Polizei in Kenntnis gesetzt werden konnte. Im **Fürstenberger Hof** hielten einige Nationalsozialisten eine Besprechung ab, was den Kommunisten bekannt war. Etwa 10—15 kommunistische Jugendmitglieder im Alter von 17—20 Jahren zogen vor das Lokal und **warfen eine Fensterscheibe ein.** Die inzwischen alarmierte Polizei konnte so rechtzeitig eingreifen, daß weitere Ausschreitungen vermieden werden konnten. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Einer der Verhafteten trug Steine bei sich.

Nr. 28 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine Verordnung und Bekanntmachung des Justizministers zur Abänderung der Landesgebührenordnung für Gerichtsvollzieher; Änderung der Dienstweisung für die Gemeindegerichte.

Nr. 17 des Amtsblatts des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts bringt Bekanntmachungen über mittlere Reife und die Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der Höheren Schulen.

DZ. **Heidelberg,** 21. Mai. Dem Bericht über den Geschäftsgang während der letzten Ausschußvertretertagung der **Ortskrankenkasse Heidelberg** ist zu entnehmen, daß das erste Vierteljahr 1931 mit einem **Fehlbetrag von 115 000 RM.** abschließt.

bld. **Mosbach,** 22. Mai. Nach Aufstellung des Wasser- und Straßenbauamtes Tauberbischofsheim werden die **Unwetterschäden** an der Kreisstraße Nr. 154 im **Wildbachtal** auf den Gemarkungen **Wessental, Boxtal** und **Mondfeld** auf **120 000 Reichsmark** geschätzt. Zur Durchführung der allernotwendigsten Arbeiten zwecks Ermöglichung eines beschränkten Verkehrs hat der Kreisrat Mosbach aus den voranschlagsmäßigen Mitteln für die Unterhaltung der Kreisstraßen einen Kredit von 40 000 Reichsmark bereitgestellt. Erst nach Ausführung dieser Arbeiten kann ein Projekt über die Wiederherstellung der Kreisstraße ausgearbeitet und endgültiger Beschluß über die Kostendeckung gefaßt werden.

bld. **Ettlingen,** 21. Mai. In Anerkennung seiner Verdienste um seine Vaterstadt wurde Herrn **Karl Springer** anläßlich seines 60. Geburtstages das **Ehrenbürgerrecht** verliehen. Herr Springer hat sich um die Erforschung der Geschichte der Stadt Ettlingen große Verdienste erworben. Auch bei der Gründung des Gemeindemuseums stand er in vorderster Linie.

DZ. **Wildgutach,** (Amt Waldkirch), 22. Mai. Hier brannte der **Streiferhof** nieder, einer der **ältesten Schwarzwälder Bauernhöfe.** Der Schaden ist sehr groß. Eine Kuh verbrannte. Drei Familien sind durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen.

DZ. **Waldkirch,** 21. Mai. In der Nähe von Waldkirch fanden zwei Freiburger Automobilisten mitten auf der Straße eine Tasche liegen, die neben verschiedenen Papieren einen amerikanischen Reisepaß, auch **2400 Dollar und 110 RM.** enthielt. Die Amerikanerin wurde in Haslach angetroffen, wo sie den ehrlichen Findern das **„fürstliche" Trinkgeld von 10 Reichsmark** gab. Der Finder, der sich über diese Knickigkeit der Amerikanerin beschwerte, hätte besser getan, den Fund der Polizei zu übergeben und seinen Anspruch auf den gesetzlichen Finderlohn geltend zu machen.

DZ. **Waldshut,** 22. Mai. Im **Buggenried** wurde das dem Polizeidiener Rudolf **Schertle** gehörige Wohnhaus bis auf den Grund **eingeäschert.** Der angerichtete Schaden beträgt nahezu 23 000 RM.

Staatsanzeiger

Deutsche Luftfahrt-Werbewoche 1931.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Deutschen Luftfahrt-Verband e. V. in Berlin die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden in Verbindung mit den im Rahmen der „Deutschen Luftfahrt-Werbewoche" geplanten luftsportlichen Veranstaltungen am Sonntag, den 7. Juni 1931 öffentliche Geldsammlungen zur Förderung des Flugsports zu veranstalten nach Maßgabe nachstehender Bedingungen:

a) Die Genehmigung gilt nur für diejenigen Orte, an denen flugsportliche Veranstaltungen oder unter Beteiligung des Luftfahrt-Verbands öffentliche Vortragsabende oder Festlichkeiten und dgl. abgehalten werden;
b) die Geldsammlungen sind in Form von Büchsensammlungen mit oder ohne Verkauf von Postkarten, Blumen oder Abzeichen zu veranstalten;
c) die Büchsensammlungen dürfen nur innerhalb der Örtlichkeiten, an denen die zu a) genannten Veranstaltungen stattfinden, und in deren nächster Umgebung vorgenommen werden. Weitergehende Sammlungen auf Straßen und Plätzen und Sammlungen von Haus zu Haus sind nicht gestattet.

Karlsruhe, den 19. Mai 1931.

Der Minister des Innern
J. V.: Weitzel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums

Versetzt:

Justizinspektor Friedrich **Windlinger** beim Amtsgericht Singen a. H. zum Amtsgericht Meßkirch.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Obergerichtsvollzieher Wilhelm **Grether** beim Amtsgericht Karlsruhe auf 1. August 1931.

Ordentl. Generalversammlung

Karlsruher Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft

Die Herren Aktionäre der Bank beehren wir uns hierdurch ergebenst zu der ordentlichen Generalversammlung einzuladen, die am

Montag, den 8. Juni 1931, 10 Uhr vormittags,

im Bankgebäude zu Karlsruhe stattfindet.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts und Genehmigung des Rechnungsabschlusses für 1930,
2. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat,
3. Verwendung des Gewinns,
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Die Teilnahme an der Generalversammlung muß nach § 14 des Gesellschaftsvertrages spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung beim Vorstand angemeldet sein, bei Inhaberaktien unter gleichzeitiger Hinterlegung der Aktien bei uns oder unter Nachweis der Hinterlegung bei einem unserer Bezirksbeamten, Bezirksvertreter, Generalagenten oder bei einer deutschen Bank oder bei einem deutschen Notar.

Karlsruhe, den 21. Mai 1931. L.214

Der Vorstand.
Samwer. Ehrhart.

Schwetzingen. R.467

Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 2: **Ohlhausen Artur,** Kaufmann in **Schwetzingen** und Else geb. Kaufmann. Vertrag vom 13. Mai 1931. Gütertrennung.

Schwetzingen, 18. Mai 1931.
Amtsgericht I.

Der Stadtrat hier hat die Abänderung und Feststellung von Straßen- und Baufluchten im Stadtteil Bulach beantragt.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des städtischen Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind bis spätestens 5. Juni 1931 bei Ausschlußvermeiden geltend zu machen. R.468

Karlsruhe, den 13. Mai 1931. O.Z.38

Badisches Bezirksamt II.

Badisches Landestheater

Samstag, den 23. Mai 1931

Außer Miete

Th.-Gem. II. S.-Gr. 501—600 und 701—800

Der Hauptmann von Köpenick

Ein deutsches Märchen von Karl Zuckmayer

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Ermarth, Genter, Jank, Rademacher, Seiling, Guse, Hebeisen, Müllich, Sauer, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Grötzinger, Herz, Hierl, Höcker, Hospach, Just, O. Kienscherf, H. Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Arras, Eich, Grimm, Hölzer, Kilian, Kleinbub, Lindemann, Luger, Meyer, Nagel, Reidinger, Rivinius, Seibert, Schmitt, H. Müller, Rinkler

Anfang 20 Ende 23

Preise A (0,70—5 RM)

So. 24. 5. Die Meistersinger von Nürnberg. Im Konzerthaus: Meine Frau, das Fräulein. Mo. 25. 5. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abends: Viktoria und ihr Husar. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Städtische (öffentliche) Sparkasse Hornberg

Gegründet im Jahr 1833

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	10 099,87	1. Spareinlagen	1 450 013,80
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen, Postscheckamt	62 000,99	2. Aufwertungseinlagen	604 474,10
3. Wechsel	20 158,56	3. Giro- und Scheckeinlagen	154 198,14
4. Wertpapiere	140 939,00	4. Anlehenskapitalien	77 642,70
5. Darlehen gegen Hypotheken	1 298 670,18	5. Ausgaberückstände	849,10
6. Darlehen an Private a) gegen Schuldschein	146 244,16	6. Rücklagen früherer Jahre	61 786,14
b) in lauf. Rechnung	92 600,85	7. Reingewinn 1930	16 960,49
7. Darlehen an Gemeinden	276 230,—		
8. Einnahmerückstände	71 608,63		
9. Aufwertungsabrechnung	207 091,53		
10. Grundstücke	33 780,70		
11. Gerätschaften	6 500,—		
	2 365 924,47		2 365 924,47

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen
5% aus 1 604 211,94 RM Einlagen . . . . 80 210,55 RM
Das Reinvermögen beträgt auf 31. Dez. 1930 78 746,63 RM
Somit weniger . . . . . 1 463,92 RM

Hornberg, den 20. Mai 1931. R.461

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: gez. Kölmel, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: gez. Mangold, Verwalter.

Druck G. Braun, Karlsruhe.